



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

6 / 2008

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Unglaublich – aber wahr

Wenn sich Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu einer Ausschusssitzung treffen, dann haben sie zuvor eine entsprechende Einladung mit Tagesordnung erhalten. Es gilt die Gemeindeordnung des Landes Brandenburg. Sie regelt u. a. auch die Verschwiegenheitspflicht bei nicht öffentlichen Sitzungen. In Forst dagegen erfindet der Bürgermeister seine eigenen Geheimhaltungsregeln. Hier sollten die Mitglieder des Hauptausschusses vor Sitzungsbeginn eine zusätzliche Verschwiegenheitserklärung unterschrei-

ben. Darin wurde mit privater Haftung gedroht und Verschwiegenheit auch gegenüber anderen Stadtverordneten gefordert. Es gibt aber keine Zweiklassengesellschaft unter Stadtverordneten, jeder hat das Recht auf gleiche Information zum gleichen Zeitpunkt. Wir haben eine solche Erklärung nicht unterschrieben und die Sitzung vor Beginn wieder verlassen. Damit besitzt die gesamte Fraktion keine aktuellen Informationen zum Thema. Das hieß übrigens »Strategische Ausrichtung der Stadtwerke«.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE der SVV Forst

Widerstehen! Sagen was ist! Politik verändern!

Unter diesem Motto stand der 1. Parteitag der LINKEN, der am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus stattfand. Nach der Begrüßung der Delegierten durch den brandenburgischen Landesvorsitzenden Thomas Nord folgten die Reden der beiden Parteivorsitzenden. Sie hoben den Erfolg der Partei bei der Besetzung politischer Themen in Deutschland hervor.

Lothar Bisky kennzeichnete DIE LINKE dabei als Erbin von Grundsätzen, die die anderen Parteien inzwischen zur Seite gelegt haben. DIE LINKE ist heute die einzige Völkerrechtspartei und hat die Erneuerung des Sozialstaates zu ihrer grundlegenden Aufgabe gemacht.

Oskar Lafontaine kritisierte die Zunahme von Leiharbeit, befristeten Arbeitsverträgen und Minijobs. »Wir wollen einen Aufschwung für die Mehrheit, sonst ist es kein Aufschwung«, sagte er. Beide Vorsitzende wurden in der nachfolgenden Wahl in ihrem Amt bestätigt. Auch die stellvertretenden Parteivorsitzenden, der Geschäftsführer, der Schatzmeister und der gesamte Vorstand wurden auf dem Parteitag neu bestimmt.

Für einen engagierten Europawahlkampf im Superwahljahr 2009 warb Gabriele Zimmer, Sprecherin der deutschen Gruppe der LINKEN im EU-Parlament. Zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes will DIE LINKE eine Kampagne für gerechte Renten beginnen. In einem Leitartikel, einem Antrag zur Familienpolitik und einem Antrag zur Unterstützung des sorbisch/wendischen Volkes bestimmten die Delegierten weitere Grundsätze der zukünftigen Parteipolitik. Gregor Gysi rief in einem Schlusswort seine Partei zur Überwindung von Vorurteilen auf. WASG und PDS hätten sich bei ihrer Fusion zusammengefunden, vereinigt hätten sie sich noch nicht. Ziel der neuen LINKEN sei nicht die Veränderung der jeweils anderen Seite nach dem eigenen Bild, sondern die Veränderung der Gesellschaft.

Ulrike Werschnick, Parteitagsdelegierte

Zu den jüngsten Vorwürfen an Gregor Gysi Hysterie wegen »Stasi-Aktenlage«

Linke-Chef Oskar Lafontaine forderte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, Behördenchefin Birthler von ihrem Amt abzuziehen, weil sie es zur Bekämpfung der LINKEN missbrauche. Birthler ignoriere, dass erst 1980 geprüft worden sei, ob sich Gysi als IM überhaupt eigne und dies 1986 mit Nein beantwortet worden sei. Wer dennoch behaupte, Gysi sei 1979 als IM tätig gewesen, sei als Chefin der Stasi-Unterlagenbehörde ungeeignet: Birthler »ist nicht in der Lage, ihr Amt objektiv und unparteiisch auszuüben«. Hintergrund dieser Forderung sind erneute und »nur nach Stasi-Aktenlage« erhobene Vorwürfe gegen Gregor Gysi, die zu einer weiteren Hetzkampagne genutzt wurden. Hierzu wenige Aussagen:

Forderung nach Rücktritt und Entschuldigung

Der CDU-Abgeordnete Thomas Strobl warf Gysi vor, seine Mandanten in gemeinster Weise an den Staat verraten zu haben. Das sei niederträchtig und eine »Schande für einen Rechtsanwalt«. Und

Havemann sei nicht sein einziger Mandant gewesen, den er an die Stasi verraten habe. Politiker von Union und SPD forderten Gysi auf, sein Amt als Fraktionschef niederzulegen. Stephan Mayer (CSU) sagte, er wolle Gysi nicht als Abgeordneten-Kollegen bezeichnen. Christoph Waitz von der FDP sagte, Gysi solle sich bei den Opfern entschuldigen. Der SPD-Abgeordnete Stephan Hilsberg, einer der Gründer der SPD in der DDR, sagte, es sei unerträglich, wie Gysi die Öffentlichkeit belüge. Auch der Grünen-Parlamentarier Wolfgang Wieland sagte, Gysi halte ein Lügengebäude aufrecht.

Gysi stellt sich der Kritik

Gysi stellte sich der Kritik direkt. Seit Jahren versuchten Politiker anderer Parteien mit allen Mitteln, ihn als Person zu beschädigen, um seine Partei DIE LINKE zu treffen. »Vom Leben eines Anwalts in der DDR haben Sie schlicht und einfach keine Ahnung«, warf er SPD und Union vor. »Die Staatssicherheit versuchte nicht einmal, mich anzuwerben.« ► S. 2

Hysterie wegen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Gysi betonte, er habe im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den 1982 gestorbenen Havemann lediglich Gespräche mit dem Zentralkomitee der SED geführt. Er sprach von einem »traurigen Schauspiel« im Bundestag. Vor der Sitzung hatte er erklärt: »Es gibt Leute, die wollen die Wahrheit nicht wahrhaben. Die wollen hören, dass ich sage, was ich für eine Sau gewesen bin. Aber das werden sie von mir nicht hören, weil es nicht stimmt.«

Havemann-Sohn:

Gysi handelte in Vaters Sinne

Havemanns Sohn Florian würdigte die Arbeit Gysis als Anwalt für seinen Vater. »Unabhängig von der Frage, ob Herr Gysi IM war, was ich nicht beurteilen kann, hat er im Sinne unseres Vaters gehandelt«, sagte Havemann der »Mitteldeutschen Zeitung«. »Unser Vater wollte über Gregor Gysi eine Verbindung zur Parteiführung herstellen. Das ist ihm gelungen. Ab dem Zeitpunkt, als er Anwalt unseres Vaters war, hat es keinen Prozess mehr gegeben.« Dass nun wieder Vorwürfe gegen Gysi erhoben würden, habe politische Gründe, die im Erstarken der LINKEN zu suchen seien, meinte Florian Havemann.

Bahro-Sohn: Sein Vater wäre Gysi beigeprungen

Der Sohn des DDR-Dissidenten Rudolf Bahro, den Gysi ebenfalls verteidigt hatte, bezeichnete die Bundestagsdebatte als eine der schlechtesten Stunden der Demokratie. »Das war eine Tribunalveranstaltung, wie ich sie im Bundestag noch nicht gesehen habe«, sagte Andrej Bahro der Deutschen Presse-Agentur dpa. Dass Gysi nur für seine Rede in den Bundestag gekommen sei und den Plenarsaal danach verlassen habe, sei seiner Gesundheit geschuldet: »Die jahrelange Jagd auf ihn hat ihn gesundheitlich ruiniert.« Wären Gysis damalige Mandanten wie sein Vater nicht tot, »wären sie ihm jetzt ganz sicher beigeprungen«. Rudolf Bahro starb 1997.

Die Fakten stellte uns das Bundestagsbüro von Wolfgang Neskovic in Cottbus zur Verfügung

Mitteilung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand hat in seiner Beratung am 29.05.08 den Termin für die **Vertreterkonferenz Spree-Neiße** vom ursprünglich 21.06. auf den **12.07.08** verschoben, damit noch mehr Zeit bleibt, Kandidaten für den Kreistag zu gewinnen. Die Beratung beginnt **um 10:00 Uhr im Bürgerzentrum Forst.**

Wir haben gewählt

Am 2. Juni haben die Mitglieder der LINKEN in Forst ihre Kandidaten für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 28. September nominiert. Fünfzehn Mitglieder und Sympathisanten wurden auf die Kandidatenliste gesetzt.



In den nächsten Ausgaben des Malxe-Blattes und auf unseren Wahlkampfmaterialien werden wir Ihnen die Bewerber näher vorstellen.

Es kandidieren: Ingo Paeschke (2.v.r.) / Anke Schwarzenberg (nicht auf Foto) / Heinz-Peter Bischoff (1.v.l.) / Doris Dressler (3.v.l.) / Peter Bode (8.v.l.) / Katrin Nitschke (4.v.r.) / Horst Beier (2.v.l.) / Renate Flemmig (3.v.r.) / Erhard Kunick (7.v.l.) / Christa Kruse (5.v.r.) / André Müller (6.v.r.) / Elke Krätsch (5.v.l.) / Wolfgang Klenge (6.v.l.) / Dietrich Richter (4.v.l.) / Kai Grund (1.v.r.)

Cornelia Janisch, Stellv. Ortsvorsitzende DIE LINKE.

Gleichstellung auf dem Papier

In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt rund 22 Prozent weniger als Männer. Nur in Estland, Zypern und der Slowakei sind die Unterschiede noch größer oder ebenso groß. Das beklagt jetzt sogar die EU.

Es hat den Frauen in Deutschland nichts gebracht, dass eine Frau das Land regiert. Trotz rechtlicher Gleichstellung besteht die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern fort, vor allem in der Berufswelt, bei Armut und Arbeitslosigkeit. Es ist nicht akzeptabel, dass Deutschland in Frage der Lohngerechtigkeit deutlich hinter vergleichbaren Industrienationen zurückfällt.

Der bevorstehende 50. Jahrestag, an dem die Gleichberechtigung von Mann und Frau im bürgerlichen Recht verankert wurde, am 1. Juli muss Anlass für eine kritische Bestandsaufnahme und Schlussfolgerungen sein. Wichtige Ziele der LINKEN sind: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Auflösung einer einseitigen geschlechtstypischen Berufswahl und die damit verbundene schlechte Bezahlung in typischen »Frauenberufen« und die Abschaffung von »Mini-Jobs«.

Ulrike Zerhau,
stellvertretende Parteivorsitzende

Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) fragte bei Bundesregierung nach Minijobs »bedauerlicherweise« doch keine Brücke

Rund 6,7 Millionen Menschen waren Ende 2007 in der Bundesrepublik geringfügig beschäftigt, verdienen also maximal 400 Euro im Monat in sogenannten Minijobs. Deren Zahl stieg im vergangenen Jahr erneut um 6 Prozent.

Für die Bundesregierung ist das kein schlechtes Zeichen. Denn als »flexibles Instrument der Arbeitsmarktpolitik« hätten die Minijobs »vor allem Brückenfunktion« bei der Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, antwortete der Bundesarbeitsminister auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE). Über einen Billigjob in eine Vollzeitstelle, wo der reale Weg vielfach umgekehrt ist? Enkelmann hatte so ihre Zweifel an der regierungsamtlichen Auskunft und fragte erneut nach. Und siehe da: Die Bundesregierung ruderte zurück. Es sei »bedauerlicherweise«

zu einer missverständlichen Formulierung gekommen«, schrieb das Bundesarbeitsministerium. Geringfügige Beschäftigung habe nicht »vor allem«, sondern nur eine »mögliche« Brückenfunktion in eine voll versicherungspflichtige Beschäftigung, ließ es nunmehr wissen. Einen genauen Nachweis selbst dafür bleibt die Bundesregierung aber schuldig. Erst Ende 2008 würde eine Studie der Bundesagentur für Arbeit vorliegen, die sich mit der »Brückenfunktion« befasse. »Bei genauem Hinsehen bleibt von dem vielzitierten Aufschwung am Arbeitsmarkt nicht viel übrig«, kommentiert Dagmar Enkelmann das Einlenken der Regierung. »Gegen die zunehmende Zahl von Mini- und Midjobs, von denen die Menschen nicht leben können, hilft eben nur ein gesetzlich garantierter Mindestlohn.«

Kinder- und Jugendpolitik

Aus der Arbeit der AG »Soziales«

In der letzten Sitzung der AG »Soziales« stand das Thema Kinder- und Jugendpolitik auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang wurde ein Projekt vorgestellt, dass sich seit etwa einem Jahr bewährt hat.

Aus der Intension heraus, etwas für Kinder und Jugendliche aus sozialschwachen Verhältnissen zu tun, startete ich im Juni letzten Jahres das Projekt: »Antiaggressions-training/Selbstverteidigung«. Ziel des Projektes ist es, Jugendlichen aus sozialschwachen Verhältnissen die Möglichkeit zu geben, angestaute Frustration und Aggression sinnvoll abzubauen und sich darüber hinaus kostenlos sportlich zu betätigen. Mit sportlicher und pädagogischer Anleitung durch ausgebildete Trainer soll den Jugendlichen ein Körpergefühl vermittelt werden, dass sie in Stresssituationen in die Lage versetzt, mit dieser Situation gelassen und überlegt umzugehen. Letztlich soll eine gewaltfreie und besonnene Auseinandersetzung mit den alltäglichen Problemen des Lebens das angestrebte Ziel sein. Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und ihr Selbst-

wertgefühl zu steigern, spielen in diesem Projekt eine große Rolle. Die erzielten Erfolge machen Mut zum Weitermachen.

In der AG »Soziales« wurde und wird darüber beraten, wie solche Projekte am Leben erhalten werden oder ähnliche Projekte entstehen können. Unbestritten ist die Kinder- und Jugendarbeit ein wichtiger Faktor in der sozialen Arbeit der Stadt Forst und sogar darüber hinaus. Den Kindern und Jugendlichen durch tatkräftige Unterstützung das Gefühl des Verstehens ihrer Probleme und Nöte zu geben, trägt zu einer besseren Identifikation mit ihrer Region und ihrer Stadt bei. Den Wegzug unserer Jugend zu minimieren, ihnen Möglichkeiten in der Freizeit zu bieten und ihnen zu ermöglichen sich eine wirtschaftliche Grundlage in der Region zu schaffen, ist eines der Anliegen der AG »Soziales« auch mit Hinblick auf das Projekt Soziale Stadt Forst.

Am 17. Juli um 18:30 Uhr trifft sich die AG »Soziales« zum Thema: »Senioren«. Interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Andreas Beckmann

»Aussagen erwecken eine falsche Erwartungshaltung«

Anmerkung zum Beitrag des Eigenbetriebs »Grundsicherung für Arbeitslose« im Spree-Neiße-Kurier vom 12.04.08, Seite 11. Diese Erwiderung wurde leider nicht vom Spree-Neiße-Kurier veröffentlicht.

Die Stellungnahme des o. g. Eigenbetriebes zu meiner Leserreaktion kann nicht unwidersprochen bleiben, heißt es doch darin, dass ich Betroffene mit meiner Beratung täuschen würde.

Als Rechtsanwalt bin ich ein Organ der Rechtspflege. Ich empfehle dem Landkreis Spree-Neiße auch über die Grenzen seines Kreises zu schauen. Die Beratung zu den Leistungsbescheiden oder auch die Prüfung, ob Sanktionen gerechtfertigt sind, kann sowohl für den Rechtsanwalt als auch für den Eigenbetrieb sehr hilfreich sein. Meine Beratung ist jedenfalls nicht gegen den Eigenbetrieb gerichtet, sondern mir geht es darum, dass die Betroffenen die Bescheide verstehen.

Der Eigenbetrieb ist sich offenbar sicher, fehlerfrei zu arbeiten. Er ist somit der Auffassung, dass Betroffene nicht von ihrem Recht Gebrauch machen sollen, gegen einen vom Eigenbetrieb erlassenen Bescheid Widerspruch einzulegen. Dann empfehle ich dem Eigenbetrieb, sich die Zeilen der Rechtsbehelfsbelehrung am Ende der Bescheide zu sparen. Eine solche Belehrung macht nur dann Sinn, wenn man von ihr auch Gebrauch machen darf. Ich bin sicherlich nicht dafür, dass korrekte Bescheide mit einem Widerspruch ange-

griffen werden; in diesem Falle rate ich davon ab. Aber wie können die Betroffenen denn feststellen, ob der Bescheid richtig oder falsch ist – doch nur durch Beratung. Sollen sie sich beraten lassen von der Behörde, die den Bescheid erlassen hat? Oder haben Betroffene das Recht, den Bescheid durch unabhängige Berater, auch durch einen Rechtsanwalt, prüfen zu lassen?

Ich bitte den Eigenbetrieb Zahlen zu nennen, in wie vielen Fällen nach August 2007 Heizkosten gewährt wurden, die über 1,00 Euro/m² und Monat liegen. Zu mir kamen zahlreiche Betroffene mit Bescheiden, bei denen die Heizkosten, obwohl sie höher lagen, auf 1,00 Euro/m² und Monat gekappt wurden.

Weiterhin bitte ich den Eigenbetrieb darüber zu informieren, mit welchen Vermietern des Landkreises Spree-Neiße er vor Erlass seiner KdU-Richtlinie (KdU = Kosten der Unterkunft) gesprochen haben will, mit welchen Vermietern er nach Erlass der Richtlinie gesprochen haben will und in wie weit die Gesprächsergebnisse ihren Niederschlag in der KdU-Richtlinie gefunden haben.

Im Ratgeber Recht der Verbraucherzentrale »Hartz IV – Mein Recht auf ALG II« wird auf Seite 125 ausgeführt: »Es wird einer Behörde schwerfallen, Heizkosten als unangemessen hoch zu bezeichnen.« Genau dies behauptet der Eigenbetrieb in zahlreichen Fällen. Weiter heißt es:

➤ S. 4

Eine kleine Bilanz

Was hat DIE LINKE in 5 Jahren in der SVV getan?

- Wir waren der Ideengeber für den Brandenburg-Tag 2006. Ohne unsere Initiative und Überzeugungskraft hätte es diesen Tag in Forst nicht gegeben.
- Unsere Partei und Fraktion trug wesentlich das Bürgerbegehren zur Abwahl des Bürgermeisters 2006 (und wir streiten nicht mit der SPD darüber, wer als Erstes laut geschrien hat).
- Unsere intensive Mitarbeit hat erheblich das Konzept für das geplante Neißezentrum für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beeinflusst.
- Regelmäßige Kontakte zu allen städtischen Schulen und Kitas ermöglichen einen klaren Überblick über Probleme und notwendige Maßnahmen, deshalb haben wir großen Anteil an der Bereitstellung finanzieller Mittel im städtischen Haushalt.
- Wir arbeiten intensiv an einem Kinder- und Jugendkonzept mit, welches bis heute noch immer nicht abgeschlossen ist.
- Wir unterstützen den Park 7 seit seiner Gründung. Auch zu Zeiten, in denen wir weit und breit die Einzigen waren.
- Den jährlich vorgelegten Haushaltsentwurf unterziehen wir einer kritischen Kontrolle und versuchen, falsche Weichenstellungen zu korrigieren. Teilweise ist uns dies auch gelungen.
- Seit vielen Jahren bemühen wir uns, wirtschaftliche Ansiedlungen im Rahmen unserer Möglichkeiten als Fraktion zu unterstützen.
- Wir bleiben dran an unserer Forderung, schrittweise beitragsfreies Mittagessen in den Forster Schulen durchzusetzen.
- Wir setzen uns weiterhin mit der Problematik der Braunkohleentwicklung auseinander. Wir wollen bezahlbare Energiepreise und die Erhaltung von Jobs in der Energiewirtschaft.
- Der Verkauf der Stadtwerke ist das letzte große Thema dieser Legislaturperiode. Wenn die Inhalte und Ziele nicht unsere wesentlichen Forderungen enthalten, sind wir bereit, über ein Bürgerbegehren dies den Forstern zur Entscheidung vorzulegen.

*Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion
Die Linke der SVV Forst*

Petra Paus Newsletter

Telekom-Skandal ist ein Glücksfall

Die Telekom hat offenbar in großem Stil Mitarbeiter und Gesprächspartner überwacht.

Der Telekom-Skandal ist ein Glücksfall. Denn endlich wird allgemein erkennbar, welches Überwachungs-Potenzial hierzulande aufgehäuft wurde. Offiziell wird nun wegen »der missbräuchlichen Verwendung von Daten« und wegen »der Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses« ermittelt. Das ist richtig, aber es geht um viel mehr. Nach Lage der Dinge wurde gegen die Pressefreiheit verstoßen, gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und gegen weitere grundlegende Bürgerrechte. Bei alledem darf nicht übersehen werden: Das dies technisch möglich ist, ist kein Geheimnis. Aber der kriminelle Gebrauch persönlicher Daten wird zusätzlich begünstigt, weil die Politik dafür Tür und Tor geöffnet hat. Insbesondere die Pflicht zur Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten ermuntert regelrecht dazu, den Datenschutz massiv zu unterlaufen.

Ossis erhalten noch 2057 weniger Rente

Die FDP will ab 2010 die Rentenwerte-Ost an die Rentenwerte-West anpassen.

Die Einsicht der FDP kommt spät und halbherzig. DIE LINKE hatte erst jüngst entsprechende Anträge im Bundestag gestellt.

Alle anderen Fraktionen hatten mehr oder weniger harsch dagegen polemisiert. – Fakt ist: Wer im Dezember 1990 als Bundesbürger in Frankfurt (Oder) geboren wurde und dort geblieben ist, wird noch 2057 weniger Rente erhalten, als sein gleichwertiger Kollege aus Frankfurt am Main. Warum? Weil er Ossi ist.

Meine Zweifel an der Union wachsen

Der Vorsitzende des CDU-nahen Studentenverbandes RCDS, Ludwig, will die Stimmrechte für Rentner und Arbeitslose bei Wahlen einschränken.

Meine Zweifel an der Grundgesetztreue der Union wachsen. Erst wollte Herr Missfelder die Gesundheitsversorgung bei Senioren kappen. Nun will Herr Ludwig Ältere und Arbeitslose zu Bürgern 2. Klasse stempeln.

Ethik holt das wahre Leben ins Klassenzimmer

Ethikunterricht ist ein zeitgemäßes Unterrichtsfach in der multikulturellen Metropole Berlin des 21. Jahrhunderts.

Es holt das wahre Leben ins Klassenzimmer. Zugleich nimmt die Debatte um den Ethik-Unterricht unredliche Züge an. So wird behauptet: Dadurch hätte der konfessionelle Religionsunterricht nur noch den Rang einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft. Wer wirklich Ahnung hat, der weiß: Religionsunterricht ist an Berliner Schulen seit 1948 freiwillig. Und das ist gut so.

(Petra Paus ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss)

»Aussagen ...«

(Fortsetzung von Seite 3)

»Es begegnet gewissen Zweifeln, ob man die Angemessenheit dadurch nachweisen kann bzw. die Unangemessenheit, wenn man den durchschnittlichen Verbrauch der Bewohner des gleichen Hauses oder in vergleichbarer Lage anstellt.«

Es ist zwar so, dass Kommunen KdU-Richtlinien erlassen dürfen. Das heißt aber nicht, dass die dort geregelten KdU-Kosten absolut und allein angemessen sind. Mit der Heizkostenrichtlinie hat der Eigenbetrieb

die Heizkosten faktisch pauschaliert. Die Heizkosten wurden nämlich auf maximal 1,00 Euro/m² und Monat begrenzt. Dies ist nichts anderes als eine Pauschalierung. Diese ist aber gerade gesetzlich unzulässig. Meine Beratung ist aufklärend und seriös. Ich erwecke keine falschen Erwartungen. Eine Statistik zu den Erfolgen von Widersprüchen macht deutlich, dass auch der Landkreis Spree-Neiße nach Widersprüchen ca. ein Drittel der Bescheide nachbessern musste. Demzufolge ist anwaltliche Beratung geboten.

Michael Elte, Rechtsanwalt

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

Mo., 16.06.08, und Mo., 07.07.08
jeweils ab 10:00 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN,
Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung
über Frau Dr. Radochla,
☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52,

Beratungsgebühr
zwischen 5 und 10 Euro.

PINNWAND

Termine

Di., 17.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
Sitzung der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst
Do., 26.06., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
DIE LINKE-Ortsvorstandssitzung
Mo., 07.07., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54
AG »Malxe-Blatt«

Geburtstage

16.06.: 80 Jahre, Genn. Gerda Nitschke
17.06.: 65 Jahre, Gen. Joachim Schulz in Simmersdorf
18.06.: 76 Jahre, Genn. Waltraud Borstel
26.06.: 74 Jahre, Gen. Wolfgang Mahling
28.06.: 72 Jahre, Genn. Rosemarie Bräuer
28.06.: 70 Jahre, Gen. Winfried Schubert
07.07.: 80 Jahre, Gen. Werner Cieslak
12.07.: 68 Jahre, Genn. Gudrun Ritschel

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.